

# **Eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr**

**- Diskussionspapier -**

## I. Allgemeiner Rahmen

Mit den Auslandseinsätzen der letzten beiden Jahrzehnte hat sich die Bundeswehr mehr und mehr zu einer Armee im Einsatz entwickelt. Die Aufgaben haben sich erweitert, die Anforderungen verändert. Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr werden die damit verbundenen Konsequenzen für Personal, Strukturen, Wehrform und Ausrüstung vollzogen. Nur durch den persönlichen Einsatz aller Angehörigen der Bundeswehr, Soldaten wie Zivilisten, kann die Bundeswehr den Anforderungen einer Armee im Einsatz gerecht werden. Mittlerweile wurde mehr als 300.000 Mal der Auftrag zum Dienst im Auslandseinsatz erteilt – und erfüllt. Derzeit dienen mehr als 7.000 Angehörige der Bundeswehr auf drei Kontinenten. Der Anteil von Soldaten mit Einsatzerfahrungen wächst stetig.

Zugleich sind mit den Auslandseinsätzen die Themen Tod und Verwundung in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß ins öffentliche Bewusstsein vorgerückt. Seit 1991 haben über 100 Angehörige der Bundeswehr in den Einsätzen ihr Leben gelassen. Die Besonderheit des soldatischen Dienens, das mit Gefährdungen für Leib und Leben, im äußersten Fall mit dem Verlust des eigenen Lebens verbunden ist, tritt damit auf besonders deutliche Weise hervor. Unsere Soldatinnen und Soldaten nehmen eine unverzichtbare und einzigartige Aufgabe für unseren Staat und unsere Gesellschaft wahr. Sie schützen unsere Freiheit und den Frieden - hier in Deutschland und in internationalen Einsätzen zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

Mit dem Übergang der Bundeswehr zu einer reinen Freiwilligenarmee verändert sich auch das innere Gefüge. Die Notwendigkeit, die Bande zwischen Bundeswehr und Gesellschaft auch künftig belastbar und lebendig zu erhalten, stellt daher eine der vorrangigen Aufgaben der Neuausrichtung dar.

Vor dem Hintergrund der Einsätze und den mit ihnen verbundenen Fragen an unsere Gesellschaft ist es an der Zeit, sachlich und offen über eine Veteranenpolitik zu diskutieren. Dies ist neu, aber nur für Deutschland. Fast alle unsere Partner im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Union begleiten und befördern die gesellschaftliche Würdigung der Angehörigen ihrer Streitkräfte durch politische Maßnahmen im Rahmen einer entsprechenden Veteranenpolitik.

Eine so verstandene neue Veteranenpolitik bringt zum einen den Dank der Bundeswehr und des Staates zum Ausdruck. Zum anderen soll sie Impuls sein für die Anerkennung des Dienstes der Veteranen durch die Bürger, also durch uns alle. Dazu sind privat organisierte und getragene Solidaritätsbezeugungen, wie sie z.B. im Symbol der

Gelben Schleife bereits in Ansätzen existieren, geeignete Mittel. Ein derartiges Bürgerengagement kann nur gefördert, aber nicht angeordnet werden. Eine Veteranenpolitik kann Anstöße dazu geben, sich mit dem Auftrag der Bundeswehr auseinanderzusetzen und mit dem unverzichtbaren Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten für unser Gemeinwesen zu beschäftigen. Sie kann unsere Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen, unseren Soldaten ganz persönlich und individuell ihre Wertschätzung und ihren Dank auszusprechen. Damit werden die Bande zwischen Bundeswehr und Gesellschaft gestärkt.

## **II. Zum Begriff des Veteranen**

Heute kommt die gesellschaftliche Würdigung von Soldaten bei vielen Partnern unter anderem durch den Ehrentitel „Veteran“ zum Ausdruck. Mit diesem Begriff ist in der Regel ein besonderer Status verbunden. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Auslandseinsätze der Bundeswehr ist auch hier in Deutschland wiederholt das Bedürfnis geäußert worden, den Dienst der Soldatinnen und Soldaten, die für unser Land Opfer oder besondere Leistungen erbracht haben, zu würdigen. Auch bei uns hat deshalb der Begriff „Veteranen“ mittlerweile Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden.

Anders als bei unseren Partnern, hat der Begriff „Veteran“ in der Bundeswehr keine Tradition. Er entzieht sich einer festen Definition und einheitlichen Kriterien. Dennoch bezeichnen Medien und Öffentlichkeit immer häufiger Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr als Veteranen. Mittlerweile haben sich zwei Veteranenverbände der Bundeswehr gebildet, die auf private Initiativen zurückgehen.

Umgangssprachlich wird bei vielen unter einem Veteran zumeist noch ein altgedienter und lebensälterer Soldat, bzw. Weltkriegsteilnehmer verstanden. Damit unterscheidet sich der Gebrauch des Begriffs in Deutschland von seiner Nutzung bei unseren Nachbarn und Partnern. Dort werden längst auch Soldaten der Nachkriegsära regelmäßig als Veteranen bezeichnet.

In einigen Ländern, etwa in Dänemark und Norwegen, ist Veteran, wer an einem Auslandseinsatz teilgenommen hat (skandinavisches Modell). Auf diese Weise findet der Begriff auch auf aktive Soldaten Anwendung. Andere Staaten und Gesellschaften, z.B. Großbritannien, Kanada und die USA, fassen den Begriff deutlich weiter und bezeichnen damit jeden ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte, auch ohne Einsatzerfahrung (angloamerikanisches Modell).

Eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr muss den spezifischen Bedürfnissen

unserer Soldatinnen und Soldaten gerecht werden sowie den Besonderheiten der Bundeswehr entsprechen.

Damit ist zugleich die Notwendigkeit gegeben, den Personenkreis, der künftig zu den Veteranen der Bundeswehr gezählt werden soll, festzulegen. Dies wird maßgeblich für Inhalte und Ausgestaltung einer Veteranenpolitik sein und wird wesentlichen Einfluss darauf haben, welche Akzeptanz eine Veteranenpolitik in der Öffentlichkeit und in der Bundeswehr finden wird. Wichtig ist es, eine „Spaltung“ der Streitkräfte in Soldaten mit und ohne Veteranenstatus zu vermeiden.

### **III. Ziele einer Veteranenpolitik**

Eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr kann vor allem dazu beitragen, die gesellschaftliche Würdigung der Leistungen aller Veteranen der Bundeswehr zu fördern und zu erhöhen, ungeachtet ob diese in ihrem gefährvollen Dienst Schäden an Leib und Seele davongetragen haben oder nicht.

Der Dienst in der Bundeswehr kann mit großen physischen und seelischen Belastungen und Gefahren verbunden sein. Mit dem Ehrenmal der Bundeswehr besteht erstmals ein zentraler Ort für die Erinnerung an diejenigen, die in Ausübung ihrer Dienstpflichten ihr Leben verloren haben.

Eine Veteranenpolitik kann Richtlinien für den praktischen Umgang mit den Anliegen von Veteranen vorgeben. Ziel ist es, die bestehenden Ressourcen und Einrichtungen in der Bundeswehr für die Versorgung und Betreuung von Veteranen effektiv einzusetzen. In einer Veteranenkonzeption würden die politischen Vorgaben in konkrete organisatorische Maßnahmen überführt werden. Schließlich soll eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr auch die einzigartigen Erfahrungen und Kenntnisse unserer Veteranen stärker in das allgemeine Bewusstsein rücken. Unter den besonderen Anforderungen der Auslandseinsätze entwickeln unsere Soldaten ihre Führungs-, Entscheidungs- und interkulturelle Kompetenz weiter. Sie gewinnen an Erfahrung, die später ganz unmittelbar und auf vielfältige Weise, innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, auch der deutschen Gesellschaft zugute kommt.

Die derzeitigen Überlegungen im Bundesministerium der Verteidigung zur Einführung einer Veteranenpolitik berücksichtigen Angehörige der Bundeswehr. Ob und wie auch Polizeikräfte und Angehörige anderer Behörden sowie Mitarbeiter ziviler Organisationen, die in den Auslandseinsätzen vergleichbar Anerkennenswertes leisten, als „Veteranen“ be- und ausgezeichnet werden können, bedarf einer ressortübergreifenden

Gesamtbetrachtung und der gemeinsamen Beratung von Bundesregierung und Bundestag.

#### **IV. Wie kann die Würdigung unserer Veteranen erfolgen?**

Im angloamerikanischen Raum konstituiert der Veteranenstatus, der jedem ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte zuerkannt wird, Ansprüche auf weitreichende und großzügige Versorgungsleistungen. In Deutschland sind die Sozialleistungen für aktive wie für ehemalige Bundeswehrangehörige, einschließlich ihrer medizinischen Betreuung, bereits auf hohem Niveau gewährleistet. Deshalb hat eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr nicht vorrangig zum Zweck, diese weiter auszubauen. Im Vordergrund steht die praktische Betreuung und Unterstützung unserer Veteranen sowie die ideelle Würdigung.

Dazu stellt das Bundesministerium der Verteidigung derzeit erste Überlegungen an, wie substantielle strukturelle und organisatorische Verbesserungen sowie eine Intensivierung der Betreuung von Veteranen und ihren Familien erreicht werden können.

Um die immaterielle Würdigung unserer Veteranen durch Staat, Bundeswehr und Gesellschaft zu fördern und zu erhöhen, wäre eine offizielle Geste der Anerkennung im Rahmen eines bundesweit organisierten Tages denkbar. Als ein mögliches Datum unter mehreren ist der 22. Mai vorstellbar, der Tag, an dem im Jahr 1956 die wehrverfassungsrechtliche Grundlagen für die Bundeswehr in Kraft getreten sind. An diesem Tag könnten diejenigen, die im Rahmen der Bundeswehr einen unverzichtbaren Dienst an unserer Gesellschaft leisten, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen.

Es wäre wünschenswert, in Anlehnung an unsere Verbündeten und Partner auch über andere Maßnahmen zu diskutieren, so z.B. über die Gründung von Veteranenheimen, über die Einführung eines an der Uniform und am zivilen Anzug zu tragenden Veteranenabzeichens, über die organisatorische Unterstützung von Veteranentreffen oder über die Einführung eines Sonderbeauftragten für Veteranen.

Übergeordnetes Ziel ist es, unsere Soldatinnen und Soldaten spüren zu lassen, dass die Menschen in unserem Land, unser Staat und unsere Bundeswehr die Besonderheiten ihres Dienstes mit seinen Gefährdungen anerkennen. Sie müssen erfahren, dass ihre Leistungen als Dienst für das Gemeinwohl gewürdigt werden. Nur dann können wir von unseren Soldaten verlangen, dass sie im äußersten Fall auch bereit sind, ihr Leben für unseren Schutz und unsere Sicherheit einzusetzen.